

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXI/222

Bonn, den 22. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Die Bücher offenlegen !</u> Unser Volk muß wissen, was es zu erwarten hat	58
2	<u>Kein Grund zur Panik</u> Zur Reaktion auf den NPD-Wahlerfolg	28
3	<u>Wahlenthaltung</u> Dänemark-Deutsche üben Abstinenz	49
4	<u>Liebeswerben um Emigranten</u> Franco-Spanien in Wandlung Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	50

* * *

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Deutschlandpolitik muß neu angesetzt werden
Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen
Kleine Schritte zu großen Zielen
Verurteilung von Massenausreibungen
Massierte kommunistische Propaganda
Gerechtigkeit für Edith STEIN

Die Bücher offenlegen !

Unser Volk muß wissen, was es zu erwarten hat

G.M. - In dem Wirrwarr von Spekulationen und Kombinationen über die Bildung einer neuen Bundesregierung und bei den zahlreichen Betrachtungen über das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern wird in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit allzu oft übersehen, welches die tatsächlichen Ursachen der nunmehr schon drei Wochen andauernden Regierungskrise in Bonn sind. Vordergründig handelt es sich um eine Krise der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erhard, die das Erbe der Politik Adenauers angetreter hatte, es aber nicht liquidieren konnte.

Als die Sozialdemokratie schon vor dem Bau der Schandmauer in Berlin die Bestandsaufnahme noch vorhandener Möglichkeiten der deutschen Innen- und Außenpolitik forderte, ertönte aus dem Regierungslager der Ruf, die SPD brauche sich nur der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung anzuschließen, dann werde alles in Ordnung kommen. Unbeirrbar von dieser Zumutung hat die Sozialdemokratie immer wieder auf die Bestandsaufnahme gedrängt. Das Ergebnis ist bekannt, die sozialdemokratische Forderung wurde stets ignoriert.

In all diesen Jahren begann sich ein unaufhaltsamer Zersetzungsprozeß innerhalb der CDU/CSU anzubahnen; er fand seinen Höhepunkt, als weder Bundeskanzler Erhard noch Außenminister Schröder damit rechnen konnten, im Lager der Regierungsparteien kompakte Mehrheiten für eine bestimmte Innen- oder Außenpolitik zu erreichen. Die sichtbarste Phase dieser Zersetzungserscheinungen war der bekannte Interview-Krieg, in dem prominente CDU- und CSU-Politiker sich gegenseitig ihre Fehler vorrechneten, und schließlich den von ihnen selbst auf einen Podest erhobenen "Volkskanzler" Erhard abmontierten.

Die Zwischenzeit wurde mit Wahlgeschenken überbrückt und mit einer Haushaltspolitik "ausgeglichen", die zwar den Anschein der Solidität zwecken sollte, in Wirklichkeit jedoch nichts anderes als der Trapezakt von Traumwählern über Abgründe war.

In Zahlen ausgedrückt präsentiert sich diese Art des "Politikmachens" heute mit einem Defizit der Staatsfinanzen von jährlich acht bis zehn Milliarden DM, mit dem man mindestens bis 1970 rechnen muß. Da die Innen- und Außenpolitik eines modernen Industriestaates unlösbar miteinander verbunden sind, müssen bei der jetzt erforderlichen Liquidierung der Konkursmasse nicht nur die bisherige Finanz- und Wirtschafts-, sondern auch die Deutschland-, Sicherheits- und Außenpolitik korrigiert werden.

Niemand hat ein Interesse daran, eine solche durch das Verschulden früherer Bundesregierungen entstandene Situation zu dramatisieren. Wir stellen nur nüchtern gewisse Tatbestände fest, weil wir meinen, daß nur die rücksichtslose Darstellung dessen, was ist, die Chance bietet, in der Bundesrepublik Deutschland endlich wieder zur Ehrlichkeit in der Politik zu kommen.

Nun wird vielfach gesagt, alles das könne nur bereinigt werden, wenn die Sozialdemokratie der Bildung einer großen Koalition zustimme.

Möglich wäre dies durchaus. Es hieße jedoch die Geschichte verfälschen, wenn man jetzt so tun würde, als könnte die Krise durch ein Verwischen und Verheimlichen ihrer wirklichen Ursachen bereinigt werden. Einen Bankrott muß man einen Bankrott nennen, und ein Konkurs wird nicht dadurch liquidiert, daß man die alte Geschäftsführung zum Konkursverwalter macht.

Vor jeder Entscheidung - ganz gleich, wie sie ausfällt - muß also die Bilanz dessen stehen, was eine neue Regierung übernimmt, und es muß vor dem deutschen Volke - also vor dem Parlament - von den für die Krise Verantwortlichen gesagt werden, welche Maßnahmen man zu ergreifen gedenkt, um wieder zu klaren Verhältnissen zu kommen. Die Sozialdemokratie ist zur Übernahme der Verantwortung bereit, sie ist aber nicht gewillt, Fehler der Vergangenheit fortzusetzen oder das Versagen anderer zu vertuschen.

+ + +

Kein Grund zur Panik

Zur Reaktion auf den NPD-Wahlerfolg

sp - Der Einzug von sieben NPD-Abgeordneten in den hessischen Landtag hat das Ausland schockiert. Der Wahlerfolg dieser Partei - er kam nicht unerwartet - bei der Landtagswahl in Bayern führte zu hysterischen Ausbrüchen. Der Leser, der sich sonst nicht mit deutschen Dingen befaßt, bekommt durch die Schlagzeilen und Kommentare den Eindruck, als stünde in der Bundesrepublik eine neue Machtergreifung durch die ewig Gestrigen unmittelbar bevor. Jedes Augenmaß aber hat die kommunistische Presse verloren; sie macht in Alarmstimmung, beschwört die schrecklichsten Gefahren herauf, und ginge es nach ihrem Willen, müßte um die Bundesrepublik eine Cordon Sanitaire gelegt werden. Doch das gehört wohl zu ihrem Metier, obwohl nicht zu übersehen ist, daß bei allen Nachbarn Deutschlands die Erinnerung an das, was durch das "Dritte Reich" über die Welt kam, nach wie vor lebendig ist.

Es war der britische Außenminister Brown, der eine Gruppe osteuropäischer Journalisten beschwor, sich nicht Gefühlen hinzugeben und die Dinge doch im rechten Licht zu sehen, die Befürchtung vor Deutschland seien zwar verständlich, aber überholt, denn so sagte der Außenminister Großbritanniens, jeder, der sich heute mit Deutschland befaßt, wisse, wie grundlegend das Land sich vom dem Deutschland zweier Weltkriege unterscheidet. "Seine politischen Führer - und ich glaube, das ist ein guter Augenblick, dies zu sagen - sind wahre Demokraten und Internationalisten."

Wir haben allen Anlaß, dem britischen Außenminister für diese mutigen Worte dankbar zu sein: Sie fielen zur rechten Zeit. Sie korrigieren ein verzerrtes Deutschlandbild und sie sind wohl geeignet, der Panikmache entgegenzuwirken. Gewiß, die Wahlerfolge der KPD können nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Sie sind eine Herausforderung an die deutsche Demokratie zu erhöhter Wachsamkeit, rechtfertigen aber keine Panikmache.

+ + +

Wahlenthaltung

Dänemark-Deutsche üben Abstinenz

kl - Die deutsche Minderheit in Dänemark, die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, hat sich gegen eine Beteiligung ihrer Schleswigschen Partei an der dänischen Folketingswahl entschieden, die am 22. November im nördlichen Königreich stattfindet. Die Entscheidung, die eine Delegierten-Versammlung traf, war denkbar knapp. 144 Delegierte waren gegen die Wahlbeteiligung und 130 dafür.

In Schleswig-Holstein ist die Tatsache bedauert worden, daß sich die Deutschen in Dänemark nicht zur Reichstagswahl stellen. Noch 1964 hatten sie kandidiert, waren aber an der Zwei-Prozent-Klausel des dänischen Wahlgesetzes gescheitert. Bis dahin hatte der angesehene Abgeordnete Hans Schmidt-Oxhüll die deutsche Minderheit im Kopenhagener Reichstag mit viel Geschick vertreten. Die deutsche Minderheit konnte sich damals aber nicht entschließen, ihn wieder aufzustellen, was zufolles dazu beigetragen hat, daß ihr 1964 einige hundert Stimmen zum Mandatseroberung fehlten.

Seit 1920 hat sich die deutsche Minderheit mit Ausnahme von drei Wahlen zwischen 1943 und 1947 zur Abstimmung gestellt. Sie war regelmäßig mit einem Mann im Reichstag vertreten und brachte es im April 1939, als Hitler Deutschland regierte, auf immerhin 15 000 Stimmen. Zwischen ist ihre Stimmenzahl unter 9 000 gerutscht.

Die deutsche Minderheit hat nun gefordert, die Dänen möchten für sie die Zwei-Prozent-Sperrklausel außer Kraft setzen, damit sie eher die Chance haben, in den Reichstag zu kommen. Leider ist das dänische Wahlgesetz mit seinen Großwahlkreisen recht kompliziert. Ferner ist eine Reichstagswahl in Dänemark nur mit einer Bundestagswahl in Westdeutschland vergleichbar. Wenn es auch in der Bundesrepublik im Bundeswahlgesetz keine Sperrklauseln für die dänische Minderheit mehr gibt, trotz ihrer rund 26 000 Stimmen hat sie kaum jemals noch die Chance, in den Bundestag einzurücken.

Die deutsche Minderheit in Dänemark hat demgegenüber weniger als 9 000 Stimmen bei den letzten Wahlen zusammengebracht. Dennoch wäre zu wünschen, daß man das dänische Wahlgesetz so ändert, daß diese Minderheit noch eine Chance hat. Dazu sind aber umfangreiche und langfristige Auserbeitungen notwendig, die man nicht übers Knie brechen kann. Es wäre tatsächlich gut gewesen, wenn die Minderheit sich auch zu dieser Wahl gestellt hätte um zu beweisen, daß sie noch da ist und daß es ihr an einer vernünftigen Lösung der wahlgesetzlichen Bestimmungen in ihrem Interesse liegt.

Die dänischen Reichstagswahlen sind jedoch nicht mit den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen vergleichbar. Hier geht es nur um die Besetzung eines Regionalparlaments. Darüber sollte sich die deutsche Minderheit in Dänemark im klaren sein. Trotzdem ist es natürlich für sie ein hinreichendes Argument, darauf zu verweisen, daß auch in Schleswig-Holstein keine wahlgesetzlichen Sperren mehr bestehen. Der Abgeordnete Berthold Bahnsen hat in Schleswig-Holstein ohne weiteres die Chance, auch im April in den neuen Kieler Landtag einzuziehen. Aber die wichtigsten Gesetze, die auch die dänische Minderheit betreffen, wie etwa Notstandsregelungen und Rentenversorgung, werden nicht in Kiel, sondern in Bonn gemacht.

Liebeswerben um Emigranten

Franco-Spanien in Wandlung

H.D-I. - Das offizielle Liebeswerben Madrids um die seit dem Ende des spanischen Bürgerkriegs im Jahre 1939 in alle Welt verstreuten Emigranten - damals ging eine halbe Million Spanien außer Landes - erfährt jetzt einen neuen Höhepunkt.

Der technische Generalsekretär des spanischen Justizministeriums, Marcelino Cabanas, erläuterte ein am 10. November von Staatschef Franco "auf Vorschlag des Justizministers Antonio Oriol" erlassenes Dekret, das "alle durch das Sondergesetz von 1939 vorgesehenen Beschränkungen" für politische Gegner außer Kraft setzt. "Die neue Verordnung ist hauptsächlich für Spanier bestimmt, die sich im Ausland aufhalten," fügte Cabanas hinzu.

Das umstrittene Gesetz von 1939 über die "politische Verantwortung" im Ausland schlicht "Rachegesetz" genannt, verliert am 31. Dezember 1966 seine Gültigkeit. Im Bestreben, die Überreste des Bürgerkriegsdenkens zu beseitigen und die Emigration an der Gestaltung der politischen Zukunft Spaniens zu beteiligen, hat sich die Madrider Regierung der wachsenden Notwendigkeit gebeugt, auch die Emigranten zu versöhnen, denn gerade unter diesen sind wertvolle Kräfte, die Spanien in den letzten dreißig Jahren bitter entbehren mußte. Die politische Verfolgung erinnert an die Inquisition und an die Judenaustreibung von 1492, die für Spanien ein nicht wiedergutzumachender Aderlaß war: Damals wurden die besten Handwerker, Gelehrten und Kulturschaffenden verjagt, die bei der Kolonisierung Lateinamerikas später bitter fehlen sollten, während der Abschaum der spanischen Gemeinden in Mexiko und Peru ebenso wütete wie in Venezuela der Feldhauptmann der Augsburger Kaufleute Welser, der Indianerschächter und Räuber Ambrosius Alfinger. Hat Spanien aus diesen Fehlern gelernt?

Auf den ersten Blick scheint es so zu sein: Cabanas erklärte, die 1939 für politische Gegner verfügten Einschränkungen in der Berufsausübung, in der Freizügigkeit und wirtschaftlicher Art gehörten nunmehr endgültig der Vergangenheit an, nachdem bereits am 11. Oktober 1961 die Höchststrafen für politische Vergehen auf 20 Jahre herabgesetzt wurden. "Ich möchte nochmals betonen, daß es in Spanien keine politischen Häftlinge gibt, die seit dem Bürgerkrieg einsitzen," betonte Cabanas. Er widersprach hingegen nicht den Behauptungen aus dem Ausland, es gebe in Spanien noch etwa 500 politische Gefangene - eine Zahl, die schwer zu überprüfen ist. Nur die "Bürgerkriegs-Häftlinge" hatte er erwähnt, denn "seit dem 1. April 1964 alle diesbezüglichen Eintragungen im Strafregister kraft Gesetzes gelöscht werden mußten."

Der hohe Regierungsfunktionär betonte wiederholt, das neue Dekret ("totale Amnestie") richte sich besonders auf die Bedürfnisse der Emigranten aus, um diesen die Beteiligung am wirtschaftlichen Aufbau Spaniens ohne Einschränkungen zu ermöglichen. Die amtlichen Stellen in Madrid haben erkannt: Viele der besten Leute sitzen im Ausland. Es bedarf aber nicht nur politischer Zugeständnisse, um sie zur Heimkehr zu veranlassen; auch "europäische" Gehälter und Lebensbedingungen sind unerlässlich. Nur wer auch günstige materielle Bedingungen vorfindet, ist zur Rückkehr bereit. Das aber bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als auch die herkömmlichen sozialen Strukturen grundlegend zu verändern.